Stand: 15.09.2026 02:40:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6241

"Altersarmut in Bayern bekämpfen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6241 vom 08.04.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6323 vom 09.04.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.04.2025 **Drucksache** 19/**6241**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl** und **Fraktion (SPD)**

Altersarmut in Bayern bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der jüngst veröffentlichte DGB-Rentenreport (DGB = Deutscher Gewerkschaftsbund) deutlich die anhaltende Rentenkluft zwischen Männern und Frauen in Bayern zeigt. Während 45 Prozent der Männer eine gesetzliche Rente von mehr als 1.500 Euro monatlich erhalten, trifft dies lediglich auf 13 Prozent der Frauen zu. Diese Diskrepanz ist ein strukturelles Problem, das dringend gelöst werden muss.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

1. ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg zu bringen, denn faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind der beste Schutz vor Altersarmut.
2. die Kommunen beim beschleunigten Ausbau von Kita-Plätzen mit einem Sonderinvestitionsprogramm zu unterstützen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und insbesondere Frauen und Alleinerziehenden die Aufnahme einer existenzsichernden (Vollzeit-)Beschäftigung zu ermöglichen. Gleiches gilt auch für die Unterstützung der Kommunen beim Ausbau von guten Ganztagsangeboten im Grundschulbereich.
3. einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht für Bayern aufzuglegen und eine entsprechende Begleitgruppe einzurichten (unter Einbezug externer Akteurinnen und Akteure wie Sozialverbänden und Gewerkschaften) nach dem Vorbild Baden-Württembergs.
4. eine ressortübergreifende Strategie gegen Altersarmut zu entwickeln, um dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu geben und dafür zu sensibilisieren; um regionale Unterschiede und Herausforderungen in Bayern zu adressieren und um bestehende Ansatzpunkte, die insbesondere die Ressorts Arbeit, Soziales und Familie, Wirtschaft sowie Gesundheit und Pflege betreffen, besser miteinander zu verzahnen.
5. einen „Fonds gegen Altersarmut“ einzurichten, der gezielt Projekte und Maßnahmen gegen Altersarmut und zur Stärkung der Altersvorsorge von Frauen mit niedrigem Einkommen und unterbrochenen Erwerbsbiografien fördert.

Begründung:

Der aktuelle DGB-Rentenreport macht deutlich:

Die gesetzliche Rente ist für die meisten Ruheständlerinnen und Ruheständler die zentrale Säule ihrer Altersvorsorge. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass nur etwa 13 Prozent der Frauen in Bayern eine gesetzliche Rente von mehr als 1.500 Euro im

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Monat beziehen, während dieser Anteil bei Männern bei 45 Prozent liegt. Die Armutsgefährdungsschwelle in Bayern beginnt bei einem Wert unter 1.322 Euro – ein Wert, den drei Viertel aller Frauen in Bayern mit ihrer Rente nicht erreichen. Schon seit Jahren verharren diese Zahlen in Bayern auf niedrigem Niveau. Das Problem der Altersarmut bei Frauen ist in der Folge seit Jahren schwerwiegender als im Bundesdurchschnitt.

Aktuelle Zahlen der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Bayern belegen die strukturellen Ursachen für diese Situation:

Während 3,2 Millionen Frauen und 3,5 Millionen Männer am bayerischen Arbeitsmarkt beschäftigt sind – also eine vergleichbare Anzahl –, sind nur 43 Prozent der beschäftigten Frauen in Vollzeit tätig, bei den Männern hingegen 81 Prozent. Diese deutliche Diskrepanz bei der Vollzeitbeschäftigung führt unweigerlich zu erheblichen Unterschieden bei den Rentenansprüchen.

Erschwerend kommt hinzu, dass vollzeitbeschäftigte Frauen in Bayern durchschnittlich nur 3.599 Euro verdienen, während Männer im Durchschnitt 4.145 Euro erhalten – ein Unterschied von 546 Euro monatlich. Die Lohnunterschiede ergeben sich nicht nur durch die höhere Teilzeitquote, sondern auch durch geringere Gehälter in Berufen, in denen besonders viele Frauen arbeiten.

Besonders prekär ist die Situation für alleinerziehende Frauen:

Unter den Arbeitslosen in Bayern sind laut Arbeitsagentur zuletzt 13 Prozent weibliche Alleinerziehende gewesen, aber weniger als ein Prozent männliche. Frauen stehen somit deutlich häufiger vor der doppelten Herausforderung, neben der Arbeitssuche allein für die Erziehung eines oder mehrerer Kinder verantwortlich zu sein.

Paradoxerweise verfügen Frauen in Bayern inzwischen im Durchschnitt über höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Trotzdem arbeiten sie eher auf Helferinnen- oder Fachkraftebene und weniger auf Spezialistinnen- oder Expertinnenebene. An den bayerischen Hochschulen hat sich laut Statistischem Landesamt die Zahl der Studienanfängerinnen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in den letzten 20 Jahren zwar verdoppelt, doch dieses Potenzial wird am Arbeitsmarkt nicht ausreichend genutzt.

Zusammengefasst lässt sich somit leider noch immer sagen:

Frauen arbeiten öfter in Teilzeit und in schlechter bezahlten Berufen. Sie unterbrechen häufiger ihre Erwerbstätigkeit für Familienpflichten und stemmen zudem den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit, was ihre Möglichkeiten einschränkt, ausreichende Rentenansprüche zu erwerben.

Um diesen Trend endlich umzukehren, braucht es deshalb:

Höhere Löhne und eine höhere Tarifbindung für eine gute finanzielle Absicherung; eine gute Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht zuletzt gezielte Unterstützungsmöglichkeiten zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Vollzeit und für von Armut betroffene Frauen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 09.04.2025 **Drucksache** 19/**6323**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/**6241**

Altersarmut in Bayern bekämpfen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Doris Rauscher
Abg. Martina Gießübel
Abg. Franz Schmid
Abg. Anton Rittel
Abg. Kerstin Celina

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Altersarmut in Bayern bekämpfen! (Drs. 19/6241)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Doris Rauscher das Wort. Nachdem der Saal doch ziemlich gefüllt ist und der Lärmteppich ziemlich dicht ist, bitte ich um etwas mehr Aufmerksamkeit. – Danke schön.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass jetzt kurz nach der namentlichen Abstimmung so viele zu einem wichtigen Thema anwesend sind.

Wie kommt es, dass am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig ist? – Diesen Satz kennen sicher viele von Ihnen. Er ist für viele Menschen in Bayern, für ältere Menschen, bittere Realität, vor allem für Frauen in Bayern. Das zeigt auch erneut der aktuelle DGB-Rentenreport. Er zeichnet ein erschreckendes Bild der Rentensituation in unserem Land.

Knapp drei Viertel der Frauen und rund 40 % der Männer bekommen eine Rente von unter 1.200 Euro. Damit liegen sie deutlich unterhalb der bayerischen Armutsgefährdungsschwelle von 1.322 Euro. Frauen liegen oftmals sogar unter 1.000 Euro. Im Bundesvergleich schneidet Bayern besonders schlecht ab. So sind gut 21 % aller Menschen ab 65 Jahren armutsgefährdet, bundesweit sind es – "lediglich" ist vielleicht nicht die richtige Bezeichnung – etwas weniger, nämlich nur gut 18 %. Das ist also gut jeder Fünfte hier in Bayern.

Die Auswirkungen dieser Zahlen sehen wir in vielen Bereichen. Immer mehr Menschen müssen Grundsicherung im Alter beantragen. Die Schlangen an den Tafeln werden länger, weil das Geld für Lebensmittel fehlt. Vereinsamung im Alter nimmt zu, weil Altersarmut ein mit Scham besetztes Thema ist.

Die Ursachen für diese alarmierenden Zahlen, für diesen bayerischen Negativtrend sind vielfältig, aber vor allem liegen sie in der Erwerbsbiografie der Frauen: zu niedrige Löhne in Branchen wie etwa dem Dienstleistungs-, Pflege- oder Sozialbereich, in dem besonders viele Frauen arbeiten, eine nach wie vor bestehende Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen, eine zunehmende Flucht in die Teilzeit oder in den Minijob, weil sonst Familie und Beruf nicht unter einen Hut zu bekommen sind, und das bei ungefähr 70.000 fehlenden Kitaplätzen und einer unzureichenden Infrastruktur vor allem auch im Bereich Kurzzeit- und Tagespflegeplätze. Ausbaden müssen das heute und leider auch noch künftig vor allem die Frauen.

Die gute Nachricht dabei ist aber, Kolleginnen und Kollegen: All diese Punkte ließen sich ändern, wenn Sie heute unserem Dringlichkeitsantrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir in diesem Parlament tragen dafür gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene Verantwortung, die Verantwortung dafür, die Entwicklung in eine andere Richtung zu lenken.

Die Sicherung des Rentenniveaus über das Jahr 2025 hinaus ist hierbei, glaube ich, der dringlichste Schritt, den die künftige Bundesregierung angehen muss. Aber auch wir hier in Bayern können an wichtigen Stellschrauben drehen, um ein würdiges Leben im Alter zu sichern.

Deshalb setzen wir uns als SPD-Landtagsfraktion ein für höhere Löhne, für eine höhere Tarifbindung und für ein Tariftreue- und Vergabegesetz, das hilft, für mehr Betreuungsplätze in guten Kitas und guten Schulen, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für bezahlbaren Wohnraum und – die Debatte hatten wir auch erst – für ausreichende Mittel genau für diesen, für einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht, für eine ressortübergreifende Strategie gegen Altersarmut und auch für einen Fonds, um gezielt Projekte und Maßnahmen gegen Altersarmut zu fördern.

All diese Vorschläge sind nicht neu – ja, das stimmt. Wir von der SPD machen diese Vorschläge schon seit vielen Jahren und sehr gerne immer wieder, weil sie wirken würden.

(Beifall bei der SPD)

Leider sind sie noch immer nicht überflüssig geworden. Wir sind bereit, bei diesem Thema Verantwortung für ein würdiges Leben im Alter zu übernehmen. Wir bitten um Unterstützung. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin für die CSU-Fraktion: Frau Kollegin Martina Gießübel.

Martina Gießübel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Altersarmut bewegt uns als Sozialpolitiker natürlich ganz klar. Ich habe jetzt leider nicht viel Redezeit; insofern muss ich jetzt etwas durchgaloppieren.

Die im Antrag der SPD aufgeführten Vorschläge muss man auch etwas zerpflücken. Wir haben aktuell eine Situation, die schwierig ist. Diese ist aber natürlich auch historisch bedingt, weil früher einfach die Frauen, die jetzt in Rente sind, zu Hause waren, Haus, Hof und Familie versorgt haben und dadurch natürlich nicht in die Rentenkasse einbezahlt haben, während ihre Männer versicherungspflichtigen Beschäftigungen nachgegangen sind. Das ist natürlich der Hauptgrund.

Wir haben gerade jetzt in den Koalitionsverhandlungen – da muss ich unsere Sozialministerin Ulrike Scharf herausheben – ganz klar auch für die Mütterrente gekämpft.

(Beifall bei der CSU)

Dabei habe ich Sie als SPD vermisst. Sie hätten auch Impulse geben und das unterstützen können. Das wäre ein erster Schritt gewesen, um der Altersarmut derjenigen Frauen, die früher die Kinder versorgt haben, ein wenig entgegenzuwirken.

Wir brauchen am Arbeitsmarkt jede Arbeitsstunde, um die Wirtschaftskraft zu erhalten, um Sozialleistungen und Rentenleistungen zu finanzieren, egal ob für Frau oder für Mann. Dies ermöglicht somit auch die soziale Absicherung unserer Menschen im Alter.

Ich bin völlig bei Ihnen, dass wir einen Ausbau der Kinderbetreuung brauchen. Auch hier haben wir jetzt mit dem Ganztagsausbau angesetzt, nämlich mit 6.000 Euro für die Kommunen für die Schaffung von Plätzen und mit zusätzlich 1.500 Euro für die Ausstattung. Ich meine, das ist eine gute Grundlage, damit Frauen die Möglichkeit haben, Familie und Beruf zusammenzubringen.

Sie haben den regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht angesprochen. Für uns ist das, ganz ehrlich, ein einziges Bürokratiemonster, das noch zusätzlich geschaffen werden soll. Wir haben den bayerischen Sozialbericht; darin ist alles enthalten, auch Ausführungen über die Situation der Rentnerinnen und Rentner.

Alles in allem – ich möchte es kurz machen –: Soziale Sicherheit im Alter kann nur durch wirtschaftliche Stabilität gewährleistet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Träume Ihrer Jugendorganisation, die Arbeitszeit auf 25 Stunden zu reduzieren, werden die Altersarmut nicht bekämpfen, sie werden sie eher noch verstärken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch die bisherigen Regelungen zum Bürgergeld, die keinen Anreiz zum Arbeiten bieten, werden Gott sei Dank jetzt im neuen Koalitionsvertrag geändert, weil sich Leistung wieder lohnen muss. Das zahlt sich dann auch bei der Rente letzten Endes aus.

Wir brauchen dringend auch Lehrerstunden. Auch hier müssen wir aktiv auf die Pensionslücke bei teilzeitbeschäftigten Lehrern hinweisen. Vielleicht gelingt es uns dadurch auch wieder, unsere verbeamteten Lehrer zu mehr Arbeit zu motivieren.

Das wären unsere Lösungsmöglichkeiten, die wir hier mal präsentieren. Wir brauchen eine Änderung des Mindsets unserer Bürgerinnen und Bürger. Nur so können wir etwas erreichen hin zu Leistung, weg von Schwarzarbeit, geringfügiger Beschäftigung oder auch Teilzeit, die man im Alter noch ein bisschen ausweiten könnte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Kollege Franz Schmid für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn heute über 1,3 Millionen Senioren auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind, dann ist das nicht Schicksal, sondern Folge einer jahrzehntelangen Fehlpolitik. Altersarmut ist politisch gemacht: durch niedrige Löhne, befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, unsinnige Rentenreformen auf dem Rücken der Beitragszahler und durch eine verantwortungslose Migrationspolitik, die den Sozialstaat völlig überfordert.

(Beifall bei der AfD)

Ja, Altersarmut wird eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre werden. Dabei wissen wir aber schon lange, dass wir dem System mehr Beitragszahler hinzufügen müssen, Stichwort Beamte und Politiker, dass wir zu viele versicherungsfremde Leistungen aus den Rententöpfen bezahlen und seit Jahren eine schlechte Familienpolitik betreiben.

Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen bessergestellt werden als Personen, die größtenteils arbeitslos waren. Leistung muss sich wieder lohnen.

Ja, wir geben Ihnen recht: Wir müssen etwas für bessere Renten tun, vor allem für die Renten von Frauen. Vor allem Ihre Generation profitierte von den fürsorgenden Müttern und Hausfrauen, die sich 24 Stunden, 7 Tage die Woche um ihre Kinder gekümmert haben. Sie sind es nun, die nichts abbekommen, deren Rente nicht für das Notwendigste reicht und die jetzt Flaschen sammeln müssen.

Aber Ihr Ansatz ist völlig falsch. Er möchte mehr Arbeit für Frauen, höhere Stundenzahlen und Betreuungsplätze, am liebsten von 7 bis 18 Uhr durchgehend. Doch was ist, wenn sich Frauen bewusst für ihre Kinder entscheiden und die wertvolle Zeit mit ihnen genießen möchten, anstatt sofort wieder in Vollzeit arbeiten zu müssen? Was ist, wenn eine Mutter gerade nicht den Wunsch hat, 40 Stunden in der Woche arbeiten zu gehen, sondern ihre Zeit lieber mit ihren Kindern verbringen möchte?

Wir reden hier von einem echten Lebensmodell, das sich viele Frauen wünschen und das zu respektieren ist. Eigentlich sollte es sogar oberste Priorität haben. Leider wurde die Realität von Ihnen schlichtweg übersehen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht nur eine Frage von mehr Betreuungsplätzen oder einem höheren Gehalt, sondern sie bedeutet in der Realität enorme Last, physische und emotionale Belastungen und Überforderung.

Die AfD fordert schon lange, dass jemand, der ein oder mehrere Kinder großgezogen hat, entsprechend früher in Rente gehen darf oder mehr Rente bekommt als Erwerbstätige, die sich dieser gesellschaftlichen Aufgabe nicht stellen konnten oder wollten.

Es braucht endlich einen echten Lastenausgleich, und dieser muss vom Staat übernommen werden. Warum ist immer genug Geld da, aber eben nur nicht für die eigenen Leute? Wie viele Milliarden kosten uns die durch Ihre Politik verursachte Deindustriealisierung und die Migration, aber für die Unterstützung von Müttern und Familien gibt es nichts? Warum zeigt der Staat nicht mehr Bereitschaft, die Familie als tragende Säule unserer Gesellschaft zu unterstützen? Warum geben wir Milliarden

für Migration aus, anstatt diese Mittel in die Unterstützung unserer Familien und die Förderung von Nachwuchs zu investieren?

Die Politik der offenen Grenzen und der massiven Migration ist kein Ersatz für eine gesunde demografische Entwicklung. Vielmehr sorgt sie für Unsicherheit, raubt unsere Sozialkassen leer und tut alles andere, als unser Rentensystem zu stabilisieren.

Es ist schlichtweg eine falsche Prioritätensetzung. Was wir wirklich brauchen, sind eigene Fachkräfte, und das bedeutet, die eigenen Familien zu stärken. Denn, und das möchte ich abschließend betonen, die Rentenproblematik in Deutschland lässt sich nicht durch Migration lösen. Die demografische Katastrophe, vor der wir stehen, können wir nur abwenden, wenn wir unsere eigene Familienpolitik radikal umdenken. Wir müssen die Familien von heute so unterstützen, dass sie auch in Zukunft ein starkes Rentensystem aufrechterhalten können.

Deshalb fordern wir einen echten Lastenausgleich für Familien, insbesondere in Bezug auf die Rentenansprüche. Wenn wir diese Aufgabe endlich angehen, dann haben wir die Chance, nicht nur das Rentensystem zu retten, sondern auch das Wohl unserer Kinder und Enkelkinder zu sichern; denn nur wenn Familien gestärkt werden, kann unser Land endlich wieder eine Zukunft haben. Altersarmut könnte durch wenige politische Entscheidungen sofort beseitigt werden. Es braucht eben nur den Willen dazu.

Wir können dem Antrag der SPD nicht zustimmen. Einem Fonds gegen Altersarmut können wir zustimmen. Alles andere aber verschärft nur die Situation, in der wir uns heute befinden. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun Kollege Anton Rittel. Bitte schön.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon ein paar überflüssige Anträge gehabt; dieser gehört dazu. Das ist meine Meinung.

Das Thema Altersarmut beschäftigt uns alle schon lange, nicht erst seit dem Antrag der SPD. Bei Petitionen würde man sagen: Den Antrag kann man mangels Zuständigkeit zurückweisen, weil es eine Bundesangelegenheit ist. Ich glaube, die SPD war leider schon zu lange in der Bundesregierung. Die Altersarmut gibt es bekanntlich nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland. Darum ist die Bundesregierung aufgefordert, stärker als bisher Maßnahmen zur Bekämpfung anzugehen. Fragen der gerechten Bezahlung und damit Renteneinzahlungen von Frauen hätten schon längst von der Bundesregierung angegangen werden müssen. Da ist bis jetzt nichts passiert.

Gleiches gilt für Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch da ist wenig passiert. Das wird in Bayern schon seit Langem von der Bayerischen Staatsregierung verfolgt.

Die Forderung, eine ressortübergreifende Strategie gegen Altersarmut zu entwickeln, ist überflüssig; denn bereits jetzt gibt es eine Vielzahl an Maßnahmen, die das Leben der Menschen verbessern, und das soziale Netz in Bayern trägt alle, die Unterstützung benötigen.

Wichtige Leistungen wie Rente oder Wohngeld liegen ohnehin im Regelungsbereich der Bundesregierung. Auch der geforderte regelmäßige Armutsbericht ist insofern überflüssig, als die Forderung bereits umgesetzt wird. Aktuell steht der Sechste, bayerische Sozialbericht nach dem Bericht von 2022 an. Laut Landtagsbeschluss vom 19. März 1996 ist die Staatsregierung verpflichtet, in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur sozialen Lage in Bayern vorzulegen. Höhere Löhne und höhere Tarifbindungen sind Angelegenheiten zwischen Tarifpartnern, und das ist durch Tarifverträge unabhängig von staatlicher Einflussnahme zu regeln.

Gleichwohl will die Bayernkoalition im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf der Landesebene die Situation hinsichtlich der Altersarmut verbessern. Beispiel: Der Dringlichkeitsantrag von FREIEN WÄHLERN und CSU vom Januar 2025 betreffend "Wohneigentum stärken – Steuerbegünstigung für selbstgenutzte Immobilien!" wurde im Landtag am 30.01.2025 beschlossen. Auch Wohneigentum ist eine Maßnahme gegen Altersarmut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Daher möchte ich an dieser Stelle gleich noch die Bundesregierung auffordern, endlich die Abschaffung der Erbschaftsteuer voranzutreiben. Das ist eine wahre Möglichkeit im Kampf gegen die Altersarmut.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was hat das denn mit Altersarmut zu tun?)

Ein weiteres Beispiel wäre der Antrag von FREIEN WÄHLERN und CSU vom Januar 2023 betreffend "Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gewinnung von mehr Kinderpflegern und Erziehern." In diesem Antrag ging es unter anderem um die wirksame Bekämpfung von Altersarmut.

Es gibt viele weitere Beispiele von Maßnahmen gegen Altersarmut in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Vielleicht lieber erst einmal zuhören. Das haben wir schon in der Grundschule gelernt.

(Zurufe von der SPD)

Allerdings stellt sich die Frage, ob es nicht effizienter ist, wenn deutschlandweit grundlegende Verbesserungen erreicht werden, die am Ende bei erfolgreicher Umsetzung landesspezifische Armutsberichte ebenso überflüssig machen wie einen Fonds des Freistaates. Zudem gibt es schon verschiedene soziale Förderungen, wenn die Rente unter der Grundsicherung liegt, unabhängig davon, ob Männer oder Frauen.

Zu hinterfragen ist aber, ob es sinnvoll ist, dass in 16 Bundesländern 16 verschiedene Maßnahmenkataloge gefordert werden. Das Problem der Altersarmut, das offensichtlich auch die SPD-geführten Regierungen in Berlin nicht hinreichend bekämpft haben, ist ein bundesweites und sollte schnellstens gelöst werden.Wir dürfen gespannt sein – ich bin es auch –, welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut im neuen Koalitionsvertrag stehen. Ich finde das traurig, ich habe das heute mal kurz recherchiert: Das Wort "Altersarmut" kommt nicht vor, aber hier wird jetzt ein Antrag gestellt: "Altersarmut in Bayern bekämpfen!" Da sieht man dann schon, wie die sozialen Belange von der Bundesregierung vorangetrieben werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das liegt aber dann am neuen Koalitionspartner! – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Hauptsache, die Schuld weiterschieben. Ihr seid die soziale Partei. Da sieht man mal, wie weit es reicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sorgen für ordentliche Renten!)

– Zuhören, haben wir gesagt! In der Schule lernt man das.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein paar intelligente Sachen sagen! Dann hört man vielleicht besser zu!)

Als Kernbotschaft halte ich fest: Den Menschen in Bayern geht es generell sehr gut, aber leider nicht jedem Einzelnen. Die Schicksale der von Armut bedrohten Menschen sind unterschiedlich. Deshalb gibt es nicht eine Maßnahme für alles, und es geht auch nicht immer ums Geld.

Um bereits im Kindesalter vorzubeugen und gleiche Bildungschancen für alle zu ermöglichen, hat die Staatsregierung durchgehend seit 2008 bis 2021 Sonderinvestitionsprogramme für die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder aufgelegt, an denen sich der Freistaat massiv mit 1,2 Milliarden Euro Landesmitteln beteiligte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das waren Bundesmittel! Das ist ein Bundesprogramm!)

Der vorliegende Antrag ist aus den genannten Gründen inhaltlich nicht neu und überflüssig. Die Bayernkoalition und bayerische Ministerien bekämpfen bereits auf vielen Ebenen die Altersarmut und ihre Folgen. Der Antrag ist abzulehnen, und die SPD wird aufgefordert, sich in Berlin für eine Verbesserung einzusetzen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kerstin Celina.

(Unruhe)

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleg:innen! Auf Bundesebene sind gerade die Koalitionsverhandlungen beendet worden, und in der Wünsch-dir-was-Kiste der CSU war ja auch das Thema Mütterrente. Das passt gut zum Thema Altersarmut in Bayern. Ich sage es gleich am Beginn meiner Rede klar und deutlich: Altersarmut ist ein großes Problem, das überwiegend Frauen betrifft. Es heißt übrigens auch *die* Altersarmut. Das passt zufälligerweise gut.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Aber wir gendern doch alles!)

Ein Teil der wirtschaftlich armen Rentnerinnen wird von der Mütterrente profitieren. Es ist gut, dass die Koalitionäre beschlossen haben, diesen Teil der Mütterrente dauerhaft aus dem laufenden Haushalt zu bezahlen und nicht aus den Sozialabgaben, wie bei den anderen Teilen der Mütterrente. Aktuell zahlt die Rentenversicherung jedes Jahr über 20 Milliarden Euro an Erziehungsleistungen aus den ersten Stufen der Mütterrente. Jetzt kommen noch 5 Milliarden dazu. Vielleicht ist das tatsächlich ein Hilfsmittel für Millionen von Rentnerinnen, die jeden Tag Angst haben, Angst vor einer Mieterhöhung, Angst vor steigenden Lebensmittelpreisen und Angst davor, dass die Rente ihnen nicht reicht für einen Aufenthalt im Pflegeheim.

Wie viel Geld braucht man eigentlich für ein würdiges Leben im Alter? – 1.500 Euro vielleicht. Wer das braucht, braucht ein Bruttoeinkommen von etwa 4.000 Euro im Monat. Das kann man im DGB-Renten-Rechner nachschauen. Wie viele Frauen kennen Sie eigentlich, die mit ihren typischen Teilzeitjobs so viel verdienen? – Ich kenne keine, und Sie wahrscheinlich auch nicht. Unser Rentensystem, das zu Armut führt, basiert auf einem Lebensentwurf, den viele Frauen nie leben konnten: Vollzeit ununterbrochen, gut bezahlt. Aber die Realität sieht anders aus, und deswegen sind viele Frauen arm.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit, übernehmen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit, unterbrechen ihre Erwerbsbiografien für Kinder oder die Pflege Angehöriger. Sie arbeiten oft in Berufen, die schlecht bezahlt sind, obwohl sie für unsere Gesellschaft unverzichtbar sind: in der Pflege, im Einzelhandel, in der Reinigung und in Kitas. Wer in seinem Erwerbsleben in diesen typischen Frauenberufen weniger verdient, landet im Alter viel zu oft in Armut. Das ist ungerecht, und das ist politisch veränderbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Altersarmut ist politisch gemacht, und sie kann und muss politisch beendet werden. Wir GRÜNE stehen für eine echte Sozialpolitik, die den Lebensrealitäten von Frauen gerecht wird. Wir sagen klar: Wer soziale Gerechtigkeit für die Zukunft will, muss die Arbeitswelt verändern, und zwar von Anfang an. Mütterrente, so gut sie ist für die Frauen, die in der Vergangenheit ihre Kinder erzogen haben, ist eine Lösung für ein Problem der Vergangenheit. Für die Probleme der Zukunft müssen wir andere Wege finden, Frauen in der Arbeitswelt am Verdienst anders zu beteiligen als bisher, damit sie sich eigene Rentenansprüche aufbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb fordern wir eine angemessene Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente. Care-Arbeit ist Arbeit, und sie muss sich auch im Alter auszahlen. Wir fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Der Gender-Pay-Gap muss endlich Geschichte sein. Wir fordern eine eigene Existenzsicherung für Frauen ohne ein Ehegattensplitting. Wir fordern flächendeckende, bezahlbare Kinderbetreuung und eine gute Pflegeinfrastruktur, damit Frauen selbstbestimmt arbeiten können. Wir fordern eine solidarische Mindestrente, die wirklich vor Armut schützt, und ein wirksames Tariftreue- und Vergabegesetz; denn öffentliche Aufträge dürfen nicht länger an Unternehmen gehen, die Dumpinglöhne zahlen oder Tarifverträge unterlaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren dafür ein, dass nur noch solche Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten, die nach Tarif zahlen, faire Arbeitsbedingungen garantieren und Gleichstellung leben.

All diese Forderungen sind nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sie sind aktive Armutsprävention, besonders für Frauen; denn wer heute im Minijob arbeitet, im Niedriglohnsektor oder ohne Tarifbindung, der bekommt zu wenig zum Leben. Soziale Gerechtigkeit fällt nicht vom Himmel. Man muss sie machen, mit einer klugen sozialen Politik, mit einem gerechten Rentensystem und mit Mut zur Veränderung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand im Alter arm sein muss, und schon gar nicht die Frauen, die unser Land zusammenhalten. Wir stimmen dem Antrag der SPD zu, weil er wichtige Forderungen und Feststellungen zum Thema Rente enthält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/6241 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist das übrige Hohe Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Krankenhausplanung in Bayern aktiv gestalten! Kommunen und Kliniken nicht am ausgestreckten Arm verhungern lassen!", Drucksache 19/6240, bekannt. Mit Ja haben 28 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 33)